Published on *Flüchtlingsrat Thüringen* (https://www.fluechtlingsrat-thr.de)

Presseerklärung der Landesflüchtlingsräte: Kein Wahlkampf auf Kosten der Flüchtlinge [1]

8. September 2017
Presseerklärung der Landesflüchtlingsräte: Kein Wahlkampf auf Kosten der Flüchtlinge

Flüchtlingsräte plädieren für umfassenden Schutz statt Abschiebungspolitik

Die Flüchtlingsräte der Bundesländer wenden sich als Interessenvertretungen von Geflüchteten und Unterstützungsinitiativen anlässlich ihrer derzeit in Berlin stattfindenden Herbsttagung entschieden gegen die Instrumentalisierung der Flüchtlingspolitik zu Wahlkampfzwecken und die wiederholt vorgetragenen Rufe nach weiteren Verschärfungen im Asyl- und Aufenthaltsrecht. „Insbesondere die in den letzten Tagen aufgekommene Forderung nach einer weiteren Aussetzung
des Familiennachzugs durch Spitzenpolitiker der Unionsparteien sind unerträglich“ erklärt Katharina Müller vom Flüchtlingsrat Berlin. „Der Schutz von Familie und Ehe ist eins der höchsten Rechtsgüter unserer Verfassung und wird bei anderen Anlässen von den Parteien mit dem großen C im Namen gerne beschworen – anscheinend soll dies aber nicht für diejenigen gelten, die um ihre Angehörigen in Kriegsgebieten bangen.“ Aus diesem Grund unterstützen die Landesflüchtlingsräte die Kundgebung am heutigen Freitag, den 08.09. vor der Parteizentrale der CDU [2].

Der Ausschluss des Familiennachzugs führt auch jetzt schon dazu, dass immer mehr Familienangehörige die gefährliche Überfahrt über das Mittelmeer versuchen müssen, da sie keine legalen Wege zur Einreise haben – viele von ihnen kommen bei dem Versuch, zu ihren Angehörigen zu gelangen, ums Leben. Des Weiteren verurteilen die Flüchtlingsräte die für den kommenden Dienstag geplante Wiederaufnahme der Sammelabschiebungen nach Afghanistan aufs Schärfste. „Die deutsche Botschaft in Kabul ist zwar seit dem Anschlag vom 31. Mai außerstande, Familiennachzüge zu bearbeiten, sieht sich aber offenbar in der Lage, Abschiebungen zu verwalten“, sagt Georg Classen von Flüchtlingsrat Berlin und fügt hinzu: „Der neue Lagebericht des Auswärtigen Amtes liefert keine Argumente für die These, dass Abschiebungen nach Afghanistan vertretbar seien. Berichte humanitärer Organisationen und weiterer Expert*innen machen sehr deutlich, dass die Lage im ganzen Land weiterhin extrem gefährlich ist.“

Angesichts der verschärften Stimmungsmache ist es wichtig, deutlich wahrnehmbar Widerspruch zu artikulieren. Um genau dies eine Woche vor der Bundestagswahl zu tun, rufen die Flüchtlingsräte gemeinsam mit vielen anderen Organisationen auf zu einer bundesweiten Parade für Flüchtlingsrechte und Bleiberecht am Samstag, den 16.09. in Berlin unter dem Motto „Welcome United [3]“.

Presseerklärung der Landesflüchtlingsräte in Berlin, 08.09.2017

Die Landesflüchtlingsräte
www.fluechtlingsrat.de [4]

Download als PDF:
2017 09 08 PM Landesflüchtlingsräte.pdf [5]

Source URL:https://www.fluechtlingsrat-thr.de/aktuelles/pressemitteilungen/presseerkl%C3%A4rung-der-landesfl%C3%BCchtlingsr%C3%A4te-kein-wahlkampf-auf-kosten-der

Links
[1] https://www.fluechtlingsrat-thr.de/aktuelles/pressemitteilungen/presseerkl%C3%A4rung-der-landesfl%C3%BCchtlingsr%C3%A4te-kein-wahlkampf-auf-kosten-der
[2] http://bbzberlin.de/images/Aufruf_Kundgebung_FZF_2017-09-08_dtar.pdf [3] http://www.welcome-united.org [4] http://www.fluechtlingsrat.de/
[5] https://www.fluechtlingsrat-thr.de/sites/fluechtlingsrat/files/presse/pdf/2017%2009%2008%20PM%20Landesfl%C3%BCchtlingsr%C3%A4te.pdf